

Rhein-Hunsrück-Zeitung

NR. 128 - FREITAG, 3. JUNI 2011

Mittelrhein

SEITE 19

Rhens hat sich eine Braut ausgeguckt

Kommunalreform
Verbandsgemeinde am Rhein sucht das Gespräch mit der Untermosel

Von unserer Redakteurin
Angela Kauer

■ Rhens. Wird's was mit einer „VG Rhein-Untermosel“? Einen Schritt in diese Richtung hat der Rhenser Rat in seiner jüngsten Sitzung eingeleitet. Die Mitglieder haben beschlossen, dass die Verbandsgemeinde (VG) Rhens mit der VG Untermosel Gespräche in Sachen Kommunalreform aufnehmen wird. Dazu wird eine sogenannte Lenkungsgruppe eingesetzt, die Bürgermeister Helmut Schreiber (SPD) bei den Verhandlungen unterstützt. An ihr sollen Mitglieder aller Fraktionen aus dem Ältestenrat beteiligt sein. Der Entscheidung vorausgegangen war eine in Teilen sehr lebhafte Diskussion. Ursprünglich standen nämlich zwei Anträge zur Abstimmung: CDU, SPD und FWG schlugen

in einem gemeinsamen Antrag vor, den Rhenser Bürgermeister zu beauftragen, Fusionsgespräche mit dem Bürgermeister der Verbandsgemeinde Untermosel einzuleiten. Der Landrat des Kreises Mayen-Koblenz solle als Moderator hinzugezogen werden. „Er genießt das Vertrauen beider Verbandsgemeinden“, führte CDU-Fraktions-sprecher Dr. Adolf Weiland aus, der den Antrag der drei Fraktionen vortrug. Ziel der Verhandlungen solle der Entwurf eines Fusionsvertrags zwischen den Rhensern und den Untermoselanern sein. „In diesem Vertrag sollten dann auch die

für uns wichtigen Eckpunkte stehen“, erläuterte Weiland. Zu diesen Eckpunkten gehört unter anderem, dass das Rathaus in Rhens erhalten bleibt, damit die Bürger dort Behördengänge erledigen können.

Etwas anders formuliert war dagegen der Antrag der Wählergruppe „Pro VG Rhens“: Die vierte Fraktion im Rhenser Verbandsgemeinderat schlug vor, nicht nur Gespräche mit der VG Untermosel, sondern auch mit Boppard aufzunehmen. „Boppard war nie mit dem Herzen im Hunsrück“, meinte der „Pro VG Rhens“-Sprecher Walter Strohmeyer. Zudem sollten die Fusionsgespräche nicht vom Bürgermeister allein, sondern von einer Verhandlungskommission geführt werden.

Vor allem in den Gesprächen mit Boppard sahen die anderen Fraktionen jedoch keinen Sinn: In einem Brief an seinen Rhenser Amtskollegen Schreiber hatte der Bürgermeister der Nachbarstadt, Dr. Walter Bersch (SPD), zu verstehen gegeben, dass Boppard sich nicht aus dem Rhein-Hunsrück-Kreis lösen wolle. Zudem ist die Stadt seit 1976 Einheitsgemeinde (siehe „Bersch gibt VG Rhens einen Korb“). Rhens will im Kreis Mayen-Koblenz bleiben und die Eigenständigkeit seiner Ortsgemeinden nach Möglichkeit erhalten.

„Wie da eine Übereinstimmung erzielt werden soll, ist mir schleierhaft“, hielt Horst Zimmermann (FWG) Strohmeyer entgegen. „Herr Bürgermeister, seien Sie doch mal ein bisschen entspannt.“

Der Vorsitzende der Wählergruppe „Pro VG Rhens“, Walter Strohmeyer, zu Bürgermeister Helmut Schreiber (SPD).
FVG, SPD und CDU befürworteten dagegen den Vorschlag der Wählergruppe, eine Verhandlungskommission einzusetzen – auch wenn sich einige an dem Begriff „Kommission“ stießen. Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung einigten sich die Fraktionen darauf, ihre jeweiligen Anträge zurückzuziehen und eine gemeinsame Position zu formulieren. „Wenn der



Wo geht's hin für die Verbandsgemeinde Rhens? Weil sie weniger als 12 000 Einwohner hat, muss sie mit einer anderen VG fusionieren. Bis Juni 2012 kann sie sich noch freiwillig einen Partner suchen. Foto: Thomas Frey

Rat gemeinsam ein Zeichen setzt, kann das nur gut für die VG sein“, sagte Strohmeyer dazu.

Der Bürgermeister wird also Kontakt zur VG Untermosel aufnehmen. In den Verhandlungen steht ihm zwar keine Kommission, aber eine Lenkungsgruppe zur Sei-

te. Sollte der Entwurf eines Fusionsvertrags zustande kommen, wird er die Grundlage für weitere Entscheidungen des Rhenser Rates sein – an denen dann auch die Bürger beteiligt werden sollen. Die VG Rhens zählt mit weniger als 9000 Einwohnern zu den 32 Gemein-

im Land, die im Zuge der Verwaltungs- und Kommunalreform mit einer anderen VG fusionieren müssen. Noch bis zum 30. Juni 2012 kann Rhens seine Möglichkeiten selbst ausloten. Dann endet die Freiwilligkeitsphase, und es wird eine gesetzliche Regelung geben.

Bersch gibt VG Rhens einen Korb

Fusion Boppard winkt ab

■ Boppard. Auch die Stadt Boppard ist als Fusionspartner für Rhens in der Diskussion. Boppard selbst muss zwar aufgrund seiner Größe nicht fusionieren. Aber immerhin hatte Mainz im Zuge der Gebietsreform auch Experten in Auftrag gegeben, die Einsparpotenziale einer Zusammenlegung von Boppard und Rhens identifizieren sollten.

Ein erstes Gespräch zwischen dem Rhenser Bürgermeister Helmut Schreiber und dem Bopparder Bürgermeister Walter Bersch hat es gegeben. „Ich wollte wissen, wie Boppard zu einer Fusion steht“, sagte Schreiber. Sein Amtskollege antwortete ihm schriftlich. In einem Brief stellt er klar, dass Boppard aufgrund seiner überdurchschnittlichen Wirtschaftskraft und Steuerkraft der größte Kreisumlagenzahler ist. „Aus diesem Umstand wird deutlich, dass eine einseitige Herauslösung aus dem Kreis nicht umsetzbar ist“, schreibt Bersch. Außerdem ist Boppard seit 1976 Einheitsgemeinde: Die zehn Gemeinden haben ihre eigenständige Entwicklung aufgegeben und sich auf das gemeinsame Gewerbegebiet konzentriert. Diese Entwicklung könne nur schwer rückgängig gemacht werden.

Die Rhenser Ratsmitglieder interpretierten diese Aussagen höchst unterschiedlich. Horst Zimmermann (FWG) sah keine Verhandlungsgrundlage. Denn Rhens will auch nach einer Fusion in jedem Fall im Kreis Mayen-Koblenz bleiben und die Eigenständigkeit seiner Ortsteile bewahren. CDU-Sprecher Dr. Adolf Weiland sprach von einer freundlichen, aber bestimmten Absage. Einzig Walter Strohmeyer von „Pro VG Rhens“ sah in Berschs Brief „kein Signal, nicht ins Gespräch zu kommen“.

ank

Rhens hat sich eine Braut ausgeguckt

Kommunalreform Verbandsgemeinde am Rhein sucht das Gespräch mit der Untermosel

Von unserer Redakteurin

Angela Kauer

Rhens. Wird's was mit einer „VG Rhein-Untermosel“? Einen Schritt in diese Richtung hat der Rhenser Rat in seiner jüngsten Sitzung eingeleitet. Die Mitglieder haben beschlossen, dass die Verbandsgemeinde (VG) Rhens mit der VG Untermosel Gespräche in Sachen Kommunalreform aufnehmen wird. Dazu wird eine sogenannte Lenkungsgruppe eingesetzt, die Bürgermeister Helmut Schreiber (SPD) bei den Verhandlungen unterstützt. An ihr sollen Mitglieder aller Fraktionen aus dem Ältestenrat beteiligt sein.

Der Entscheidung vorausgegangen war eine in Teilen sehr lebhafte Diskussion. Ursprünglich standen nämlich zwei Anträge zur Abstimmung: CDU, SPD und FWG schlugen in einem gemeinsamen Antrag vor, den Rhenser Bürgermeister zu beauftragen, Fusionsgespräche mit dem Bürgermeister der Verbandsgemeinde Untermosel einzuleiten. Der Landrat des Kreises Mayen-Koblenz solle als Moderator hinzugezogen werden. „Er genießt das Vertrauen beider Verbandsgemeinden“, führte CDU-Fraktionssprecher Dr. Adolf

Weiland aus, der den Antrag der drei Fraktionen vortrug. Ziel der Verhandlungen solle der Entwurf eines Fusionsvertrags zwischen den Rhensern und den Untermoselanern sein. „In diesem Vertrag sollten dann auch die für uns wichtigen Eckpunkte stehen“, erläuterte Weiland. Zu diesen Eckpunkten gehört unter anderem, dass das Rathaus in Rhens erhalten bleibt, damit die Bürger dort Behördengänge erledigen können.

Etwas anders formuliert war dagegen der Antrag der Wählergruppe „Pro VG Rhens“: Die vierte Fraktion im Rhenser Verbandsgemeinderat schlug vor, nicht nur Gespräche mit der VG Untermosel, sondern auch mit Boppard aufzunehmen. „Boppard war nie mit dem Herzen im Hunsrück“, meinte der „Pro VG Rhens“-Sprecher Walter Strohmeyer. Zudem sollten die Fusionsgespräche nicht vom Bürgermeister allein, sondern von einer Verhandlungskommission geführt werden.

Vor allem in den Gesprächen mit Boppard sahen die anderen Fraktionen jedoch keinen Sinn: In einem Brief an seinen Rhenser Amtskollegen Schreiber hatte der Bürgermeister der Nachbarstadt, Dr. Walter Bersch (SPD), zu verstehen gegeben, dass Boppard sich nicht aus dem Rhein-Hunsrück-Kreis lösen wolle. Zudem ist die Stadt seit 1976 Einheitsgemeinde (siehe „Bersch gibt VG Rhens einen Korb“). Rhens will im Kreis Mayen-Koblenz bleiben und die Eigenständigkeit seiner Ortsgemein-

den nach Möglichkeit erhalten. „Wie da eine Übereinstimmung erzielt werden soll, ist mir schleierhaft“, hielt Horst Zimmermann (FWG) Strohmeyer entgegen.

FWG, SPD und CDU befürworteten dagegen den Vorschlag der Wählergruppe, eine Verhandlungskommission einzusetzen – auch wenn sich einige an dem Begriff „Kommission“ stießen. Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung einigten sich die Fraktionen darauf, ihre jeweiligen Anträge zurückzuziehen und eine gemeinsame Position zu formulieren. „Wenn der Rat gemeinsam ein Zeichen setzt, kann das nur gut für die VG sein“, sagte Strohmeyer dazu.

Der Bürgermeister wird also Kontakt zur VG Untermosel aufnehmen. In den Verhandlungen steht ihm zwar keine Kommission, aber eine Lenkungsgruppe zur Seite. Sollte der Entwurf eines Fusionsvertrags zustande kommen, wird er die Grundlage für weitere Entscheidungen des Rhenser Rates sein – an denen dann auch die Bürger beteiligt werden sollen. Die VG Rhens zählt mit weniger als 9000 Einwohnern zu den 32 Gemeinden im Land, die im Zuge der Verwaltungs- und Kommunalreform mit einer anderen VG fusionieren müssen. Noch bis zum 30. Juni 2012 kann Rhens seine Möglichkeiten selbst ausloten. Dann endet die Freiwilligkeitsphase, und es wird eine gesetzliche Regelung geben.

Bersch gibt VG Rhens einen Korb

Fusion Boppard winkt ab

M Boppard. Auch die Stadt Boppard ist als Fusionspartner für Rhens in der Diskussion. Boppard selbst muss zwar aufgrund seiner Größe nicht fusionieren. Aber immerhin hatte Mainz im Zuge der Gebietsreform auch Expertisen in Auftrag gegeben, die Einsparpotenziale einer Zusammenlegung von Boppard und Rhens identifizieren sollten.

Ein erstes Gespräch zwischen dem Rhenser Bürgermeister

Helmut Schreiber und dem Bopparder Bürgermeister Walter Bersch hat es gegeben. „Ich wollte wissen, wie Boppard zu einer Fusion steht“, sagte Schreiber. Sein Amtskollege antwortete ihm schriftlich. In einem Brief stellt er klar, dass Boppard aufgrund seiner überdurchschnittlichen Wirtschafts- und Steuerkraft der größte Kreisumlagenzahler ist. „Aus diesem Umstand wird deutlich, dass eine einseitige Herauslösung aus dem Kreis nicht umsetzbar ist“, schreibt Bersch. Außerdem ist Boppard seit 1976 Einheitsgemeinde: Die zehn Gemeinden haben ihre eigenständige Entwicklung aufgegeben und sich auf das gemeinsame Gewerbegebiet

konzentriert. Diese Entwicklung könne nur schwer rückgängig gemacht werden.

Die Rhenser Ratsmitglieder interpretierten diese Aussagen höchst unterschiedlich. Horst Zimmermann (FWG) sah keine Verhandlungsgrundlage. Denn Rhens will auch nach einer Fusion in jedem Fall im Kreis Mayen-Koblenz bleiben und die Eigenständigkeit seiner Ortsteile bewahren. CDU-Sprecher Dr. Adolf Weiland sprach von einer freundlichen, aber bestimmten Absage. Einzig Walter Strohmeyer von „Pro VG Rhens“ sah in Berschs Brief „kein Signal, nicht ins Gespräch zu kommen“. ank